bundeswehr und nato raus aus afghanistan

GEMEINSAM GEGEN KRIEG UND BESATZUNG

Aktualisierte Neuauflage



Solibetrag 1 Euro

zu beginn

ZWEITE AUFLAGE DER BROSCHÜRE »BUNDESWEHR UND NATO RAUS AUS AFGHANISTAN – GEMEINSAM GEGEN KRIEG UND BESATZUNG«

Im September 2008 erschien die erste Auflage dieser Broschüre. Aufgrund der Notwendigkeit weiterhin gegen den Afghanistankrieg zu kämpfen, der seit nunmehr zehn Jahren andauert, veröffentlichen wir diese zweite, aktualisierte Auflage.

Seit zehn Jahren nun führen die USA, die Nato und weitere verbündete Staaten diesen Krieg. Insgesamt halten 47 Staaten das Land praktisch besetzt und stoßen auf wachsenden Widerstand aus allen Bevölkerungsteilen. Die Massenmedien halten sich vorrangig immer noch an das Propagandamuster vom Kampf gegen den islamistischen Terrorismus und die Verteidigung demokratischer Werte am Hindukusch. Dennoch gewinnen die Kräfte an Einfluss, die eine offensivere Legitimierung ihres Krieges vorantreiben und ihre ökonomischen Interessen in Afghanistan und bei den weltweiten Militäreinsätzen deutlich machen.

Ein Teil dieser Kriegsfraktion um den Kriegsminister zu Guttenberg will die »humanitär« begründeten Interventionen immer deutlicher benannt sehen als Kriegseinsätze im »nationalen Interesse«. Die Debatte geht einher mit Forderungen nach schwereren Einsatzwaffen, Anpassung der Verfassung an die »Kriegsrealität«, gesetzlichen Schutz für Kriegsverbrechen wie das Massaker der Bundeswehr in Kundus am 4. September 2009 und eine juristische Sonderstellung von Soldaten durch eine Militärgerichtsbarkeit.

Es geht also um die Eskalation des Krieges ohne humanitäre Beschränkungen. Bei zunehmender Brutalisierung der Kämpfe ist die Lüge von der »Intervention für Menschenrechte« immer schwerer aufrecht zu erhalten, denn die katastrophale humanitäre Lage der afghanischen Bevölkerung wird immer offensichtlicher: Der Lebensstandard sinkt, die Nahrungsmittelproduktion geht zurück, militärische Auseinandersetzungen sind an der Tagesordnung, weite Teile der Infrastruktur sind zerstört, zehntausende Menschen wurden durch direkte und indirekte Folgen des Krieges getötet, hunderttausende weitere vertrieben. Der Lebensalltag ist für die meisten von Krieg und Armut geprägt. Die sich gegen die Besatzung im Widerstand befindenden fundamentalistischen religiösen Kräfte erhalten immer weiteren Zulauf.

Die USA und die Nato reagieren auf die sich abzeichnende Niederlage mit einer »neuen Strategie« deren Kern die Ausweitung und Intensivierung der Aufstandsbekämpfung und die »Afghanisierung« des Krieges ist. Sie richten sich noch auf viele Jahre Krieg ein und versprechen gleichzeitig den Abzug ihrer Truppen bis 2014.

Mit dieser Broschüre wollen wir Hintergrundinformationen zur Kriegspolitik vermitteln, um den Widerstand gegen sie zu stärken.

Revolutionäre Perspektive Berlin, Revolutionäre Aktion Stuttgart und Projekt Revolutionäre Perspektive Hamburg



IMPRESSUM
HerausgeberInnen:
Revolutionäre Perspektive Berlin (*www.perspektive.nostate.net*),
Revolutionäre Aktion Stuttgart (*www.revolutionaere-aktion.tk*),
Projekt Revolutionäre Perspektive Hamburg *(www.prp-hamburg.tk)*
Druck und Verlag:
Eigendruck im Selbstverlag
ViSdP: Susann Scholz, Edelweißstraße 4, 81541 München

Eigentumsvorbehalt:
Diese Broschüre bleibt bis zur Aushändigung Eigentum des Absenders. »Zurhabenahme« ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Nicht ausgehändigte Exemplare sind unter Angabe der Gründe der Nichtaushändigung an den Absender zurückzusenden.



SEIT DEM NATO-KRIEG GEGEN JUGOSLAWIEN MORDEN SIE WIEDER: DEUTSCHE SOLDATEN

zehn jahre tod und zerstörung in afghanistan

DIE KRIEGSPROPAGANDA IST SO PERFIDE WIE DER KRIEG SELBST – DICHTUNG UND WAHRHEIT ÜBER DIE BESATZUNG AFGHANISTANS

KRIEG GEGEN DIE BEVÖLKERUNG
Die Zahl der durch Bombardements und Angriffe der Besatzungsmächte getöteten Zivilisten ist nur schwer zu schätzen. Vielen Augenzeugenberichten zufolge, gehen getötete Zivilisten, selbst Kinder, nicht selten als »erschossene Aufständische« in die Statistiken ein. Die durch Wikileaks 2010 veröffentlichten Geheimdokumente, darunter Einsatzberichte der US-Streitkräfte zum Krieg in Afghanistan, zeigen das Ausmaß der verschwiegenen »Kollateralschäden«, wie die zivilen Opfer in der Sprache der Kriegführenden heißen. Verschiedene Quellen gehen insgesamt von mehreren zehntausend Opfern in Folge des Krieges aus. Für die Gesamtzahl afghanischer Opfer fehlen verlässliche Zahlen; Schätzungen für den Zeitraum 2001 bis 2009 schwanken zwischen 13 000 und 33 000 Opfern unter der afghanischen Zivilbevölkerung. Allein 2009 zählte die United Nations Assistance Mission in Afghanistan (UNAMA) 2412 zivile Todesopfer. Zehntausende weitere Menschen wurden seit Kriegsbeginn traumatisiert und verwundet. Für hunderttausende Flüchtlinge, die aufgrund der Kämpfe aus ihren Häusern fliehen mussten, gibt es in Afghanistan praktisch keine Perspektiven. Sie sind auf Betteln und die Verpflegung durch Hilfsorganisationen angewiesen.

Während in den westlichen Medien über zivile Opfer, sofern sie nicht geheim gehalten werden können, zumindest gelegentlich in Ansätzen »besorgt« berichtet wird, wird die Tötung »Aufständischer« in der Regel als positiv dargestellt. Es wird der Eindruck vermittelt, bei denjenigen, die sich militant und militärisch gegen die Besatzung zur Wehr setzen, handele es sich durchweg um fundamentalistische Kräfte, die in erster Linie das Land wieder unter ihre Kontrolle bringen wollen. Der gegen die Nato-Truppen und ihre Verbündeten gerichtete Widerstand basiert jedoch in erster Linie auf der legitimen Verteidigung gegen die Besatzung des Landes und die Unterdrückung der Bevölkerung.

Zu den »regulären« Kriegshandlungen der Nato-Armeen und ihrer Verbündeter, kommen noch massive Kriegsverbrechen wie systematische extralegale Hinrichtungen durch Sondereinheiten, Folterungen und Vergewaltigungen. Hunderte Menschen, die beschuldigt werden, den Taliban oder Al Quaida anzugehören, wurden in das gegen sämtliche Menschenrechte verstoßende Gefängnis Guantánamo und in andere berüchtigte Haftanstalten gebracht oder in Geheimgefängnissen verschiedener Nato-Staaten festgehalten. Über Jahre sind sie dort – ohne einen Gerichtsprozess – der Willkür der US-Geheimdienste und ihrer Verhörmethoden ausgesetzt.

Da unabhängige Beobachter, Journalisten oder Kritiker der Kriegsparteien kaum Zugang zu den Gefangenenlagern oder den Schauplätzen von Kämpfen haben, muss davon ausgegangen werden, dass die meisten Kriegsverbrechen nie oder erst nach Jahren an die Öffentlichkeit gelangen werden.

BESATZUNG UND KRIEG ODER WIEDERAUFBAU
Auch wenn in den letzten Monaten die Stimmen für eine offensivere Kriegspropaganda zunehmen, dominiert in den westlichen Medien nach wie vor die Darstellung, der Krieg diene dem Wiederaufbau Afghanistans. Genau das Gegenteil ist der Fall. Das Militär zieht nur seinen Nutzen aus »zivilen« Projekten. Es rechtfertigt mit ihnen propagandistisch die Besatzung und kann über sie geheimdienstliche Zubringer innerhalb der Bevölkerung verankern. Tatsächlich humanitäre Projekte werden in ihrer



DEMONSTRATION DER »REVOLUTIONARY ASSOCIATION OF THE WOMEN OF AFGHANISTAN« IN ISLAMABAD AM 28. APRIL 2007

Arbeit durch die Militäreinsätze immer weiter gefährdet und eingeschränkt. So musste Anfang April 2008 die Räumung von Minen durch die UNO-Minenräum-Organisation (UNMACA) im Norden Afghanistans eingestellt werden, nachdem dort bei Anschlägen mehrere Mitarbeiter der afghanischen Partnerorganisation medico international getötet wurden.

Nelke Manders, ehemalige Projektkoordinatorin von ›Ärzte ohne Grenzen‹ drückte sich folgendermaßen aus: »Die bewusste Vermischung von humanitärer Hilfe mit militärischen Zielen zerstört den eigentlichen Sinn der humanitären Hilfe. Dies wird letztlich nur dazu führen, dass die dringend benötigte Hilfe denjenigen in Afghanistan versagt bleiben wird, die sie am dringendsten brauchen. Gleichzeitig werden diejenigen, die Hilfe bereitstellen, zur Zielscheibe.«

Das legt auch eine Studie des ›Senlis Council‹ (heute ICOS), eines britischen Think Tanks, der sich auf Afghanistan spezialisiert hat, nahe. Danach hängen der wachsende Widerstand und die völlige Diskreditierung der westlichen Besatzungsmächte elementar damit zusammen, dass sich die humanitäre Situation seit 2001 massiv verschlechtert hat. Exemplarisch für viele in der Senlis-Studie zitierten AfghanInnen ist die Aussage eines Polizeikommandeurs aus Kandahar: »Die Ausländer kamen hierher und sagten, sie würden den armen Menschen helfen und die wirtschaftliche Situation verbessern, aber sie geben nur Geld für ihre Militäroperationen aus. Die armen Menschen sind ärmer als sie es während der Taliban-Herrschaft waren. Wir trauen ihnen nicht mehr. Wir wären Dummköpfe, wenn wir es täten.«

Die Besatzungsstaaten verwenden lediglich sieben Millionen Dollar täglich für den Wiederaufbau während allein der Einsatz des US-Militärs täglich 100 Millionen Dollar kostet. Von den »Aufbaugeldern« kommt kaum etwas bei den AfghanInnen an. Die Kosten für den Afghanistankrieg gehen längst in die Billionen. Allein die USA gibt monatlich 6,7 Milliarden für den Krieg in Afghanistan aus. Die BRD ist laut dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) mit rund drei Milliarden pro Jahr dabei. Das jährliche Bruttoinlandsprodukt Afghanistans liegt bei 383 Euro pro Kopf. Es ist leicht vorstellbar, in welchem Ausmaß der Wiederaufbau Afghanistans hätte gefördert werden können, wenn die Ausgaben tatsächlich im Interesse der Bevölkerung getätigt worden wären.

»SOZIALES« ENGAGEMENT AUS WIRTSCHAFTLICHEN INTERESSEN

Zu alldem hat längst nicht alles was in Afghanistan als Wiederaufbau und humanitäre Hilfe bezeichnet wird, einen zivilen und sozialen Charakter. So berichtet Caritas International: »Quer durch die afghanische Bevölkerung herrschen Frustration und Ressentiments gegenüber den Entwicklungsstrategien«, denn diese orientierten »sich in erster Linie an der politischen Agenda der Geberländer«. Neuere Untersuchungen bestätigen, dass die Verteilung angeblicher Hilfsgelder »nicht an den tatsächlichen Hilfs-Bedarf gekoppelt ist, sondern sich vielmehr an der Aufstandsbekämpfung orientiert«. Der Schwerpunkt liege »auf schnellen und sichtbaren Projektzielen«, um rasch Sympathien zu gewinnen; langfristige Programme kämen viel zu kurz. In der Bevölkerung habe sich inzwischen »die Wahrnehmung« verbreitet, »dass an der nachhaltigen Entwicklung des Landes kein Interesse besteht«.

Zudem reduziert die sogenannte gebundene Hilfe die entwicklungspolitischen Erfolge weiter. Wie die Caritas schreibt, ist rund die Hälfte der gesamten Entwicklungszahlungen an Afghanistan an Bedingungen gebunden, nach denen »importierte Arbeitskräfte und Güter genutzt werden müssen – zumeist des jeweiligen Geber-Landes«. Ein beträchtlicher Teil der angeblichen Entwicklungshilfe fließt also zurück in die wohlhabenden Länder des Westens.

Die Studie »Afghanistan Inc.« der Afghanin Fariba Nawa beschreibt den neoliberal ausgerichteten »Wiederaufbau« ihres Landes folglich anders als die westlichen Medien, die manipulativ lediglich einzelne Projekte herauspicken: »Die Afghanen verlieren das Vertrauen in die Entwicklungsexperten, deren Aufgabe der Wiederaufbau des Landes ist. [...] Was die Menschen sehen, sind eine Hand voll ausländischer Firmen, die Prioritäten für den Wiederaufbau setzen, die sie reich machen, sich aber teilweise auf absurde Weise gegenüber dem, was notwendig ist, als kontraproduktiv erweisen.«

Weil die Investitionen nicht der Bevölkerung zugutekommen, sondern zur weiteren Ausplünderung des Landes dienen, befindet sich die Bevölkerung in einer dramatischen Lebenssituation: Über 70 Prozent der Menschen in Afghanistan, insbesondere im Süden sind chronisch unterernährt, ein Viertel hat keinen Zugang zu Trinkwasser, nur zehn Prozent verfügen über elektrischen Strom.

ERKLÄRUNGEN ZU MILITÄRISCHEN BÜNDNISSEN, ORGANISATIONEN UND KRIEGSEINSÄTZEN

Nato: Die »North Atlantic Treaty Organization« ist ein militärisches Bündnis europäischer und nordamerikanischer Staaten, das 1949 gegründet wurde. Zu ihr zählen aktuell 28 Länder. Mitgliedsstaaten sind seit 1949 Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Island, Italien, Kanada, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Portugal und USA; seit 1952 Griechenland und Türkei; seit 1955 Deutschland; seit 1982 Spanien; seit 1999 Polen, Tschechien und Ungarn; seit 2004 Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, Slowakei und Slowenien; seit 2009 Albanien und Kroatien.

ISAF: »International Security Assistance Force« heißt der seit Dezember 2001 laufende und seit 2003 von der Nato geführte Kriegseinsatz in Afghanistan. An ISAF nehmen zurzeit (Stand Dezember 2010) 48 Nationen (Nato-Staaten und Nicht-Nato-Staaten) mit zirka 131 630 Soldaten teil.

OEF: Als »Operation Enduring Freedom« wird der Kriegseinsatz der USA im so genannten »Krieg gegen den Terror« bezeichnet, der aktuell in vier Weltregionen durchgeführt wird: in Afghanistan, am Horn von Afrika, auf den Philippinen und in Afrika innerhalb und südlich der Sahara. Außer den Streitkräften der USA sind auch Soldaten von Verbündeten daran beteiligt.

KSK: Das »Kommando Spezialkräfte« ist eine Spezialeinheit der Bundeswehr. Das Hauptquartier befindet sich im württembergischen Calw. Die KSK-Operationen unterliegen der Geheimhaltung, was bedeutet, dass die Öffentlichkeit keine Informationen darüber erhält. Das KSK untersteht dem »Kommando Führung Operationen von Spezialkräften« (KdoFOSK) in Geltow bei Potsdam. Der ehemalige Kommandeur (2000-2003) des KSK Reinhard Günzel sieht das KSK in der Tradition der Wehrmachts-Spezialdivision »Brandenburg«. Günzel wurde, nachdem er eine antisemitische Rede des CDU-Politikers Martin Hohmann gelobt hatte, aufgrund der nachfolgenden öffentlichen Empörung entlassen.

EUFOR: »Einsatzkräfte der Europäischen Union« nennt sich die multinationale Militärstreitmacht der Europäischen Union, die ein vorläufiger Ersatz für die geplante, aber noch nicht einsatzbereite EU-Eingreiftruppe ist. Sie wurde 2003 gegründet und hat Einsätze in Mazedonien, Bosnien-Herzegowina, in der Demokratischen Republik Kongo, im Tschad und vor der Küste Somalias durchgeführt.

MEHR FRAUENRECHTE DURCH KRIEG?

Die Verbesserung der Situation der Frauen war und ist eine der gern vorgebrachten Rechtfertigungen für den Krieg. Frauen dürfen mittlerweile zumindest offiziell einer Arbeit nachgehen und es gibt einzelne kleine Verbesserungen. Für die Mehrheit der Frauen haben Krieg und Besatzung jedoch keine Fortschritte gebracht, für viele sogar massive Verschlechterungen.

Frauen sind von der gestiegenen Armut in besonderem Maße betroffen, da sie nach wie vor zum Beispiel im Falle des Todes ihres Mannes kaum mehr Perspektiven als Betteln oder ihre Prostituierung haben. Umfragen zufolge haben etwa 65 Prozent der 50 000 Witwen in Kabul daher Selbstmordgedanken. Schätzungen gehen davon aus, dass 20 bis 30 Prozent der afghanischen Frauen aufgrund von Depressionen durch ihre Situation regelmäßig Opium konsumieren und abhängig sind.

Nach wie vor werden Frauen weiterhin auf unterschiedliche Weise diskriminiert. Unterwerfung unter den Mann, Verschleierungspflicht, kaum Möglichkeiten auf Bildung und eigenständiges Einkommen sind auch heute der Alltag für die meisten. Auch sexuelle Übergriffe und Vergewaltigungen sind nicht nur in den staatlichen Gefängnissen eine ständige Bedrohung. All dies ist nicht verwunderlich: Die Regierung Karzais und die weiteren Verbündeten der Besatzungsmächte sind in der Mehrheit ebenfalls fundamentalistisch und frauenfeindlich wie die Taliban – eine Tatsache die gerne verschwiegen wird.

Daher lehnen Frauenorganisationen wie die RAWA (Revolutionary Association of the Woman of Afghanistan)*, die schon zu Zeiten der Talibanherrschaft aktiv waren, die Besatzung ab und weisen die Rechtfertigung des Krieges durch die angeblich verbesserte Situation von Frauen entschieden zurück.

* Die »Revolutionäre Vereinigung der Frauen Afghanistans« ist eine politische und soziale Organisation afghanischer Frauen, die 1977 gegründet wurde. Weitere Infos in Englisch unter *www.rawa.org*.



AUCH NACH DEM MACHTWECHSEL IST DIE BURKA ALLTAG GEBLIEBEN


LEID UND ANGST HABEN SICH SEIT DER BESATZUNG VERGRÖSSERT

BLÜHENDE SCHLAFMOHNFELDER

Egal ob die Besatzungsmächte vom Opiumanbau selbst profitieren wollen oder lediglich den mit ihnen kollaborierenden Clanchefs, die den Opiumhandel kontrollieren, Zugeständnisse machen müssen – die Rechtfertigung des Krieges mit dem Kampf gegen das Opium entbehrt in jedem Fall jeglicher Realität: Nach dem Bericht des UN-Büros für Drogen und Kriminalität vom Juni 2010 sind seit der militärischen Okkupation die Anbauflächen für Mohn als Rohstoff für Opium und Heroin von etwa 75 000 auf 130 000 Hektar gestiegen. Der Anteil Afghanistans an der Weltopiumproduktion hat sich von 34 Prozent auf 89 Prozent im Jahr 2009 erhöht. Gleichzeitig ist der Anbau von Nahrungsmitteln zurückgegangen. Das Versprechen Karzais gegenüber den westlichen Geldgebern auf einer internationalen Afghanistankonferenz, in wenigen Jahren den Opiumanbau zu stoppen, ist alles andere als realistisch: die weit mächtigeren regionalen Herrscher auf die er sich ebenso wie die Besatzungsmächte stützt, lassen entscheidende Einschnitte nicht zu. Das Profitieren am Opiumhandel reicht bis weit in die Regierungskreise hinein. Zudem wäre eine neue Welle extremer Verarmung die Folge, da der Opiumanbau für viele Bauern unter den gegenwärtigen Verhältnissen die einzige Einkommensquelle ist.

DIE KRIEGSMASCHINE DER BESATZER

Offiziell laufen in Afghanistan zwei voneinander getrennte militärische Operationen der Besatzungstruppen: Die Operation Enduring Freedom (OEF), an der momentan zirka 16 000 US-Soldaten beteiligt sind. Sie hat das Ziel, militärisch insbesondere gegen die Taliban und vermutete Al-Quaida-Strukturen vorzugehen. Unterstützt werden die US-Truppen dabei unter anderem vom deutschen Kommando Spezialkräfte (KSK), die bis November 2008 offiziell der OEF unterstellt waren, dessen Aktivitäten der Geheimhaltung unterliegen und über die daher die Öffentlichkeit und selbst der Bundestag nicht informiert werden. Humanitäre Erwägungen spielen bei der OEF keine Rolle – es geht darum, den Widerstand gegen die Besatzung militärisch zu zerschlagen.

Die International Security Assistance Force (ISAF – Internationale Schutztruppe) hat hingegen offiziell das Ziel, den »Wiederaufbau« Afghanistans abzusichern. Sie wurde vorgeblich als »Friedensmission« zur Entwicklungshilfe ins Leben gerufen. Die Anzahl der ISAF-Soldaten hat sich im Vergleich zu 2008 mehr als verdoppelt: von 52 700 im Juni 2008 auf 131 630 im Dezember 2010. Zu diesen offiziellen Truppen kommen noch 100 000 bis 160 000 private »Sicherheitsdienstleister« hinzu.

Im Lauf der letzten Jahre wurde die Trennung zwischen OEF- und ISAF-Einsatz immer weiter aufgehoben und ist nur noch auf dem Papier vorhanden. Der Aktionsradius der ISAF, der bis 2003 nur auf Kabul beschränkt war, wurde daher von Jahr zu Jahr ausgeweitet. ISAF-Truppen beteiligen sich in Abstimmung mit der OEF an Bombardements und Angriffen auf vermeintliche und tatsächliche Stellungen der Taliban und anderer »Aufständischer«. Es ist offenkundig, dass sich ISAF-Einsatz und OEF nicht mehr unterscheiden, da sie auch institutionell ineinander greifen. So ist der OEF-Kommandeur gleichzeitig Befehlshaber des Regionalkommandos Ost der ISAF. Einer der – makaberen – Unterschiede: die Nato gibt offizielle Zahlen der »versehentlich getöteten« zivilen Opfer durch die ISAF-Truppen bekannt, die OEF dagegen macht keine offiziellen Angaben zur Zahl der durch ihre Einsätze ums Leben gekommenen Zivilisten.

Zivilisten werden immer wieder Opfer von Luftangriffen und Erschießungen der ISAF-Truppen. Die Zahl der getöteten Zivilisten durch die Nato-Truppen lag zwischen Januar und Juni 2010 laut der Menschenrechtsorganisation »Afghanistan Rights Monitor« (ARM) bei 210 Personen. Der Spiegel vom 23. Oktober 2007 formulierte offen, was nicht mehr zu leugnen ist: »Die Zeiten, als die Terrorbekämpfungstruppen von Operation ›Enduring Freedom‹ (OEF) für das Grobe zuständig waren und ISAF-Soldaten für das Gute und Schöne und dies vor allem sauber voneinander getrennt war, sind lange vorbei. OEF und ISAF operieren heute eng miteinander vernetzt. Die meisten zivilen Opfer gibt es inzwischen nicht mehr bei OEF-Einsätzen sondern durch Bombardements bei Kämpfen der ISAF-Truppe gegen Aufständische. Eine unschöne Wahrheit.«

DIE »DEMOKRATISCHEN VERBÜNDETEN« DER NATO UND DIE STÄRKUNG DER TALIBAN

Die Verbündeten, auf die sich die Besatzungstruppen stützen sind in erster Linie Warlords, regionale Herrscher, die über eigene bewaffnete Truppen verfügen. In vielen Fällen terrorisieren sie die Zivilbevölkerung, erheben eigenständig Zölle und Steuern und haben zumeist den Opiumhandel in der Hand.

Die sogenannte demokratische Regierung unter dem Präsidenten Hamid Karzai, hat fast nur innerhalb der Hauptstadt Kabul die Regierungsgewalt inne und muss sich darüber hinaus mit den regionalen Warlords arrangieren. Auch er hält seine Macht in erster Linie durch Gewalt und die Unterstützung der Besatzer aufrecht. Dass Karzai kaum eine fundamental andere Politik als die Taliban verfolgt, sondern die Differenzen in erster Linie in der Machtverteilung und dem Verhältnis zu den Besatzungstruppen zu finden sind, zeigen unter anderem Karzais Äußerungen im Spiegel 2008: »Sie haben viel falsch gemacht, aber manches eben auch richtig. Ich wünschte, die Taliban wären meine Soldaten. Ich wünschte, sie würden mir dienen und nicht Leuten in Pakistan oder anderen.«

Nach wie vor richtet sich die afghanische Gesetzgebung nach der Scharia und beinhaltet unter anderem die Todesstrafe für Gotteslästerung, massive Einschränkungen der Pressefreiheit und die gesetzliche Diskriminierung von Frauen.

Den Besatzern und den mit ihnen kollaborierenden Kräften stehen in erster Linie die Taliban gegenüber. Während die Zustimmung in der Bevölkerung für den fundamentalistischen Gottesstaat der Taliban bis 2001 zurückging, konnten sie durch ihren aktiven Widerstand in immer mehr Regionen wieder Fuß fassen und Zustimmung in der Bevölkerung gewinnen. Was Bert Brecht mit dem Satz »erst kommt das Fressen, dann kommt die Moral« gesagt hat, bestätigt auch eine Afghanistan-Studie des Senlis Council: »In Zeiten der Armut erinnern sich viele Afghanen daran, dass es ihnen materiell besser ging, als die Taliban die Kontrolle hatten. Bitterarme Familien in Dörfern, die keinerlei Hilfe erhalten haben, sagen, sie wären über eine Rückkehr der Taliban froh, wenn sie dafür ihre Familien ernähren könnten.«

Es gibt Untersuchungen, die zum Schluss kommen, dass weniger religiöser Fanatismus als vielmehr völlige Verzweiflung über die eigene hoffnungslose Situation das Motiv für Selbstmordattentate sind. Generell gab es keine Selbstmordattentate in Afghanistan vor der Besatzung 2001. Im Laufe der Besatzung aber nahmen versuchte und ausgeführte Selbstmordattentate, auch auf nicht-militärische Ziele, von drei im Jahr 2003 auf 180 im Jahr 2009 zu.

Der ehemalige afghanische Innenminister, Ali Ahmad Jalali erklärte die zunehmende Stärke der Taliban folgendermaßen: »Was die Menschen bewegt, ist nicht Ideologie, sondern eine instabile Umgebung zwischen den bestehenden Netzwerken von Clans, Stämmen, unzufriedenen Leuten, Drogenhändlern, Opportunisten und arbeitslosen Jugendlichen.«

KEINE ALTERNATIVE ZWISCHEN BESATZUNG UND FUNDAMENTALISMUS?

Zwischen den mit den Besatzern kollaborierenden Kräften und den fundamentalistischen Organisationen werden die fortschrittlichen, demokratischen und linken Kräfte weitgehend aufgerieben. Gewerkschaftliche Organisierungen, die einst starken linken Parteien, die Frauenorganisation RAWA und andere Kräfte sind oftmals von beiden Seiten Angriffen ausgesetzt. Die Gesetze unter dem Karzai-Regime sehen für oppositionelle politische Aktivitäten mehrjährige Haftstrafen vor und reichen bis zur Todesstrafe. Im Gegensatz zu Anschlägen der Taliban, finden Aktivitäten mit linkem und demokratischem Inhalt kaum Erwähnung in den westlichen bürgerlichen Medien. Wenn Proteste von SchülerInnen, Studierenden und Professoren in Kabul und verschiedenen anderen Regionen stattfinden, sind diese in den westlichen Medien kein Thema. Selbst als die Proteste vom Staat niedergeschlagen wurden und dabei scharf auf die Protestierenden geschossen und ein Demonstrant getötet wurde im Mai 2008, war dies keine Meldung wert. Das Bild eines Landes, in dem nur die Taliban aktiv sind und die Bevölkerung durch die Besatzung und das eingesetzte Regime vor ihnen


TRÜMMER UND RUINEN PRÄGEN DAS STADTBILD KABULS



geschützt werden muss, soll offenbar nicht angekratzt werden. Trotz aller Schwierigkeiten gibt es mehrere Organisationen, die sich aktiv am Widerstand nicht nur gegen die Besatzung sondern auch gegen die Politik des Karzai-Regimes beteiligen. Ihnen, den gewerkschaftlichen Strukturen, den Organisationen für Frauenrechte und ein säkulares System, den Menschenrechtsgruppen und linken und demokratischen Organisationen muss die Unterstützung gelten. Nur über sie ist eine fortschrittliche Entwicklung der afghanischen Gesellschaft langfristig möglich.

DIE ROLLE DEUTSCHLANDS UND DER BUNDESWEHR

Obgleich die USA – noch – die Weltmacht Nummer 1 sind und seit Jahrzehnten weltweit die größte Verantwortung für Kriege, Massaker und antidemokratische Umstürze haben, gilt es, ein besonderes Augenmerk auf die imperialistischen Protagonisten in der BRD zu legen. Alle verbrecherischen Kriege in der deutschen Geschichte wurden der Bevölkerung mit den gleichen Lügen verkauft. Auch heute macht die deutsche Regierung große propagandistische Anstrengungen, um ihre offene Beteiligung an Kriegen als gerechtfertigt, ja als Friedensmaßnahme zu verkaufen.

Seit der Zustimmung des Bundestages zum Kriegseinsatz der Bundeswehr in Afghanistan am 7. November 2001 wurde das Mandat stetig ausgeweitet. Die erste Zustimmung des Parlaments erlaubte die Entsendung von 1200 SoldatInnen, im Jahre 2010 sind es bereits 5350. Zusätzlich zu den regulären Truppen verfügt jede regionale Besatzungszone über eine so genannte »Schnelle Eingreiftruppe« (Quick Reaction Force, QRF), die mit rund 250 SoldatInnen Truppen unterstützt, die militärisch in Bedrängnis geraten sind. Außerdem ist die Bundeswehr-Eliteeinheit »Kommando Spezialkräfte« (KSK) in Afghanistan mit etwa 200 Personen im Einsatz . Das Massaker in Kundus am 4. September 2009, bei dem über 140 Zivilisten getötet wurden, weil ein Offizier der Bundeswehr einen Luftangriff auf sie befahl, geschah in Zusammenarbeit mit der KSK, was durch einen Nato-Bericht ans Licht kam.

Seit April 2007 sind sechs Aufklärungsflugzeuge vom Typ Tornado in Mazar-e Sharif stationiert. Der Tornadoeinsatz ist maßgeblich für die Fortführung des Krieges notwendig, da große Teile Afghanistans geographisch nur schwer zu überblicken sind und die Besatzungstruppen gegenüber den lokal verankerten gegnerischen Kämpfern daher im Nachteil sind. Die Bundeswehr rüstet sich zudem weiter auf. Im Juli 2010 wurde erstmals schwere Artellerie in Afghanistan eingesetzt. Die drei Panzerhaubitzen die seit Mai in Afghanistan stationiert sind haben eine Reichweite von 14 Kilometern – weitere sechs sollen dazu kommen.

In vielen an der Besatzung beteiligten Ländern nimmt die Ablehnung des Krieges durch die steigenden eigenen Verluste zu. Kanadas Parlament hat den Abzug ihrer Truppen bis Ende 2011 beschlossen. Die Niederlande haben mit dem Abzug schon im August 2010 begonnen. Eine große Mehrheit der Bevölkerung in den Niederlanden und in Kanada war gegen den Kriegseinsatz. Selbst die US-Regierung hat zunehmend Schwierigkeiten, die tausenden Toten und verstümmelten GIs aus den Kriegen im Irak und in Afghanistan vor der Bevölkerung zu rechtfertigen. Auch wenn die USA weitere SoldatInnen nach Afghanistan beordern, sind sie darauf angewiesen, durch die Unterstützung aus anderen Ländern die eigenen Verluste so gering wie möglich zu halten.

Seit Juni 2006 hat Deutschland die Führung des Regionalkommandos Nord inne. Der Norden Afghanistans nimmt mittlerweile eine Schlüsselstellung im Krieg ein, da die Nato ihren Nachschub in immer größerem Umfang über den Norden ins Land bringt. Denn die anderen Routen über Pakistan sind durch Angriffe zu gefährlich geworden. Seit einigen Monaten verlegt zudem die



NATO-GIPFEL 2002 IN PRAG UND KANZLERIN MERKEL MIT PRÄSIDENT KARSAI IN KABUL AM 3. NOVEMBER 2007

US-Armee auch eigene Truppen in die Nordprovinzen. Tausende US-Soldaten mit Kampfhubschraubern und anderen schweren Waffen sollen für eine entscheidende Offensive gegen die »Aufständischen« in Nordafghanistan in das Verantwortungsgebiet der Bundeswehr stationiert werden. Die deutsche Propaganda der Bundeswehreinsatz hätte mit dem »schmutzigen Krieg« nichts zu tun, wird somit als Täuschung der Bevölkerung entlarvt. Im April 2010 machte der damalige ISAF-Kommandeur McChrystal bei einem Besuch in Berlin klar, was das Ziel des ISAF-Einsatzes ist: »Auch im Norden sei eine konsequente und effiziente Bekämpfung der Aufständischen (›counter insurgency‹) nötig. Das Regionalkommando Nord und dessen deutscher Kommandeur trage dafür die volle und uneingeschränkte Befehlsgewalt.« (FAZ vom 21. April 2010) Auch die Operationen US-amerikanischer Spezialkommandos, die Jagd auf angebliche oder tatsächliche Aufständische machen und gezielte Tötungen praktizieren, sind mit der Bundeswehr koordiniert.

Die Bundesregierung hat darüber hinaus bei der Verlängerung des ISAF-Mandats im Februar 2010 beschlossen die »Afghanisierung« stärker voranzutreiben durch die Ausbildung der afghanischen Polizei und Geheimdienste und den Aufbau von Verwaltung und Justiz. Das heißt konkret, dass zukünftig einheimisches Militär einen Großteil der Kämpfe führen soll. Die afghanische Armee soll laut dem ehemaligen ISAF-Kommandeur McCrystal 270 000 Soldaten umfassen. Auch die afghanische Polizei soll auf 160 000 Polizisten aufgestockt werden. Deren Ausbildung übernimmt zum großen Teil die EU-Mission EUPOL Afghanistan, an der die BRD mit dem größten Kontingent beteiligt ist.

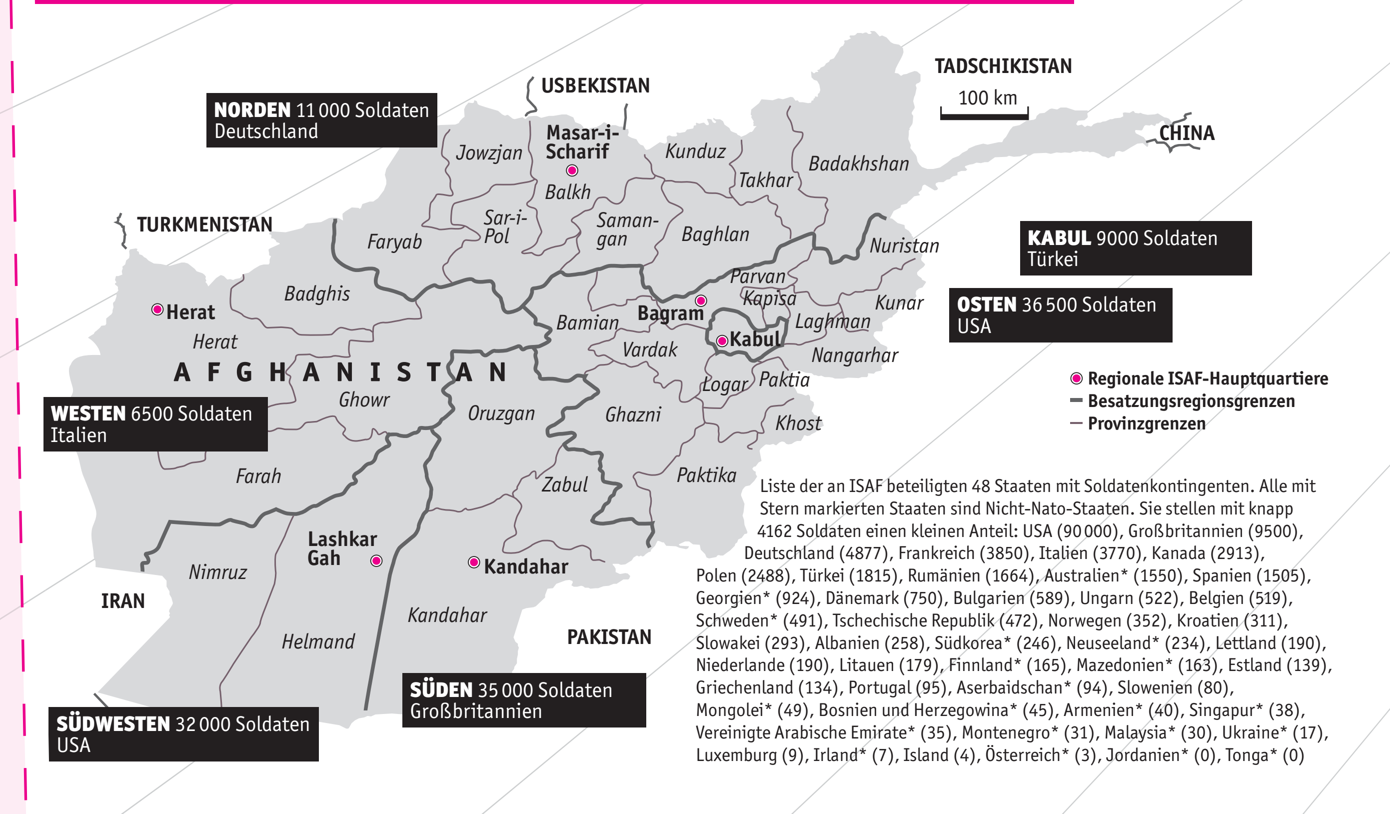
Deutschland ist aber nicht nur durch den Bundeswehreinsatz und den Aufbau des afghanischen Repressionsapparates am Krieg in Afghanistan beteiligt: Mehr als 90 Prozent der dort schwer verwundeten US-Soldaten werden in Militärkrankenhäusern in Deutschland behandelt, deutsche Flughäfen sind wichtige Knotenpunkte für den Transport der Soldaten nach Afghanistan und in andere Kriegsgebiete. Außerdem sind in Deutschland zentrale Institutionen der US-Army wie die europäische Kommandozentrale (EUCOM) in Stuttgart-Vaihingen angesiedelt.

Im »Zentralorgan des deutschen Kapitals« war schon 2006 zu lesen, was die Kriegsbefürworter nicht gern in den Massenmedien ausbreiten: Die Regierenden sollten endlich »der deutschen Öffentlichkeit beibringen, dass geschichtliche, humanitäre und vordergründige materielle Erwägungen nicht der Grund dafür sind, dass deutsche Soldaten zu Konfliktherden geschickt werden. Im Kern geht es um etwas Grundlegenderes: Deutschland leistet seinen Beitrag zur Aufrechterhaltung der herrschenden Weltordnung, von der es profitiert wie wenig andere Länder.« (FAS, 13. August 2006) Tatsächlich sind es in erster Linie die deutschen Unternehmen die von der »herrschenden Weltordnung« profitieren, die letztlich nichts anderes zum Ziel hat, als die Öffnung aller Bereiche zur Verwertung, also zur Realisierung ihrer Profite.

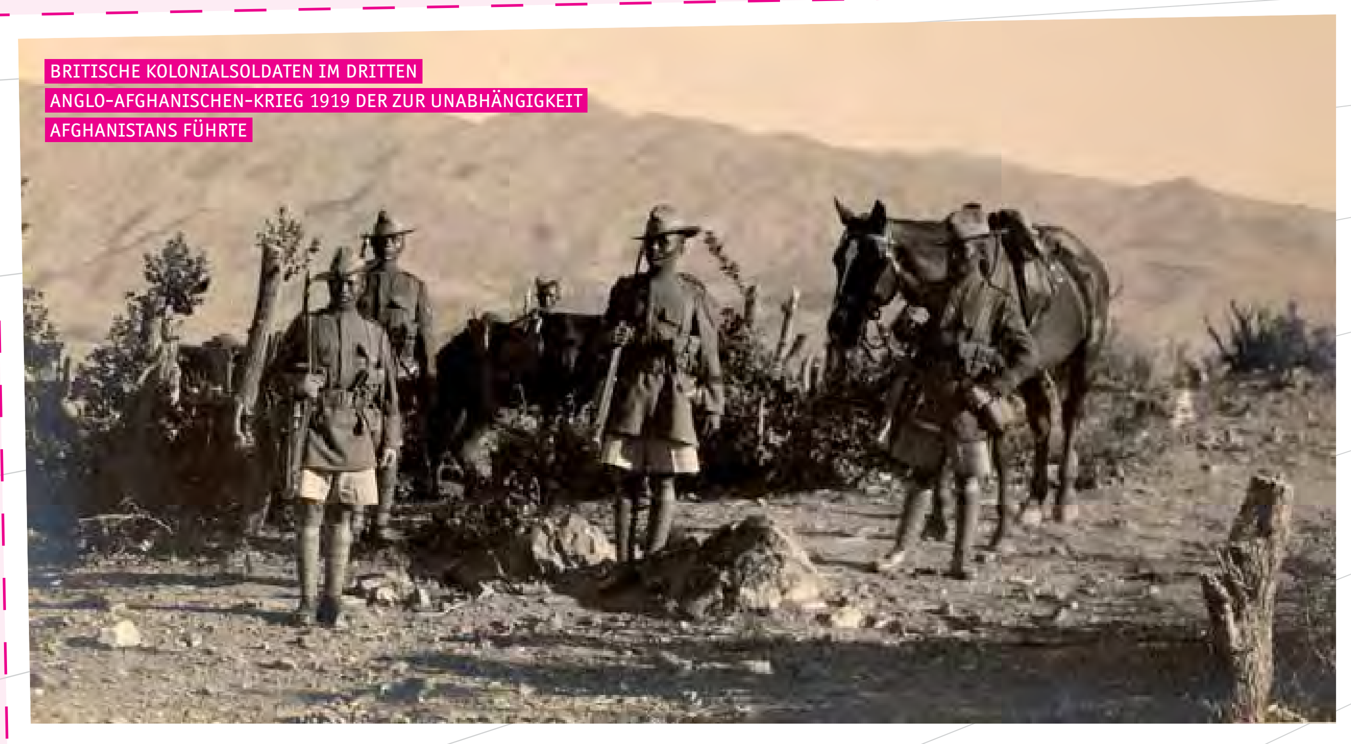
DEN KRIEGSTREIBERN KEIN RUHIGES HINTERLAND

Was in Afghanistan – und ähnlich auch im Irak und in weiteren Ländern – geschieht, hängt auch mit der Politik Deutschlands zusammen. Die BRD ist einer der tragenden Teile der Nato, mehrere der weltweit größten Rüstungskonzerne sind hier angesiedelt und die US-Armee nutzt die BRD als Basis für Truppentransporte und die Koordinierung ihrer Kriegsmaschinerie. Wenn uns heuchlerische Politiker und die bürgerlichen Medien regelmäßig tatsächliche oder vermeintliche Kriegsverbrecher oder Menschenrechtsverletzer überall auf der Welt präsentieren, dient das in erster Linie der Rechtfertigung der aggressiven Außenpolitik und der Ablenkung von den – selbst nach ihren eigenen Maßstäben und Gesetzen – weder legalen noch legitimen Verbrechen von deutschem Boden aus. Es liegt folglich in unserer Verantwortung dagegen aktiv zu werden. Niemand kann heute noch ernsthaft behaupten, sich nicht die nötigen Informationen beschaffen zu können oder nicht in der Lage zu sein, gegen Krieg, Aufrüstung und Besatzung auf die Straße zu gehen! ■

TOPOGRAFIE DER BESATZUNG: AFGHANISTAN IST IN SECHS BESTATZUNGSREGIONEN UNTERTEILT IN DENEN INSGESAMT 131 630 ISAF-SOLDATEN AUS ALLEN 28 NATO-STAATEN UND AUS 20 NICHT-NATO-STAATEN STATIONIERT SIND – HINZU KOMMEN ETWA 16 000 OEF-SOLDATEN UND ZWISCHEN 100 000 UND 160 000 PRIVATE »SICHERHEITSDIENSTLEISTER«



Liste der an ISAF beteiligten 48 Staaten mit Soldatenkontingenten. Alle mit Stern markierten Staaten sind Nicht-Nato-Staaten. Sie stellen mit knapp 4162 Soldaten einen kleinen Anteil: USA (90 000), Großbritannien (9500), Deutschland (4877), Frankreich (3850), Italien (3770), Kanada (2913), Polen (2488), Türkei (1815), Rumänien (1664), Australien* (1550), Spanien (1505), Georgien* (924), Dänemark (750), Bulgarien (589), Ungarn (522), Belgien (519), Schweden* (491), Tschechische Republik (472), Norwegen (352), Kroatien (311), Slowakei (293), Albanien (258), Südkorea* (246), Neuseeland* (234), Lettland (190), Niederlande (190), Litauen (179), Finnland* (165), Mazedonien* (163), Estland (139), Griechenland (134), Portugal (95), Aserbaidschan* (94), Slowenien (80), Mongolei* (49), Bosnien und Herzegowina* (45), Armenien* (40), Singapur* (38), Vereinigte Arabische Emirate* (35), Montenegro* (31), Malaysia* (30), Ukraine* (17), Luxemburg (9), Irland* (7), Island (4), Österreich* (3), Jordanien* (0), Tonga* (0)



BRITISCHE KOLONIALSOLDATEN IM DRITTEN ANGLO-AFGHANISCHEN-KRIEG 1919 DER ZUR UNABHÄNGIGKEIT AFGHANISTANS FÜHRTE

kurze zeitreise durch die afghanische geschichte

EIN VERWÜSTETES LAND, DAS SEIT JAHRHUNDERTEN EIN OBJEKT DER BEGIERDE GROSSER MÄCHTE IST

VOR DEM KRIEG DER SOWJETUNION

Afghanistan entstand 1747 durch die Gründung eines selbständigen Königreichs im Osten des Iran. Es zerfiel im 19. Jahrhundert durch innere Krisen und die damals mächtige und expandierende britische Krone zwang das Gebiet unter ihren Einfluss. Jahrzehnte lang flackerten immer wieder Kämpfe gegen die Briten um nationale Selbstbestimmung auf. 1919 wurde Afghanistan schließlich von Großbritannien als eigenständiger Staat anerkannt. Von 1933 bis 1973 existierte das Land als konstitutionelle Monarchie, die 1973 von einer demokratischen Republik abgelöst wurde.

Ab 1978 stellte die Demokratische Volkspartei Afghanistans (DVPA) die Regierung. Die DVPA versuchte den Einfluss islamistischer Kräfte zurückzudrängen und die Säkularisierung voranzutreiben. Dazu wurden Bildungsprogramme initiiert und es wurde versucht, die feudalen Gesellschaftsstrukturen zu beseitigen und den verschiedenen Volksgruppen gleiche Rechte zu geben. Außenpolitisch waren vor allem die Beziehungen zur Sowjetunion prägend.

Bereits nach kurzer Zeit bildeten sich insbesondere durch die geplante Abschaffung der Privilegien einiger Volksgruppen und die Säkularisierung verschiedene, vor allem islamistisch geprägte Widerstandsgruppen gegen die DVPA. Sie wurden bereits ab Juli 1979 von den USA zunächst noch inoffiziell und unter Geheimhaltung unterstützt. Die Einmischung war innerhalb der verantwortlichen US-Politiker zunächst umstritten, da ein Engagement als hoffnungslos galt und die DVPA-Regierung daher bereits diplomatisch anerkannt wurde.

Insbesondere die Möglichkeit, durch eine Destabilisierung der afghanischen Regierung die Sowjetunion zu einem militärischen Eingreifen zu provozieren und sie damit zu schwächen, sprach für führende US-Strategen jedoch letztlich für eine Unterstützung der Widerstandsgruppen.

Die Sowjetunion lehnte eine militärische Unterstützung der demokratischen Regierung – selbst auf Bitten der DVPA hin – zunächst ab. Erst nach einer weiteren Eskalation und einem Putsch innerhalb der DVPA unter Hafizullah Amin marschierten sowjetische Soldaten schließlich im Dezember 1979 in Afghanistan ein.

DER AFGHANISTANKRIEG VON 1979 BIS 1989 UND DIE ROLLE DER USA UND EUROPAS

Für die Regierung der Sowjetunion standen beim Einmarsch sicher eigene machtpolitische Interessen im Vordergrund. Dennoch war die von ihr unterstützte DVPA im Vergleich zu den oppositionellen Kräften relativ demokratisch und verfolgte politisch fortschrittliche Ziele. Dementsprechend sahen viele, die in Afghanistan mit der sowjetischen Armee gegen die Widerstandsgruppen der Mudschahedin kämpften, ihren Kampf als einen Beitrag gegen die von den USA finanzierten, reaktionären islamistischen Kräfte. Im Westen hingegen wurden die Mudschahedin als »Freiheitskämpfer gegen den Kommunismus« dargestellt. Nicht zuletzt in Westdeutschland, aber auch in anderen westlichen Ländern wurden infolgedessen Konferenzen – unter anderem von der Konrad-Adenauer-Stiftung der CDU – und Spendensammlungen für die Mudschahedin organisiert.

Während verschiedenste vom Westen unterstütze Putsche und direkte militärische Invasionen in mehreren Ländern in den Jahren davor zunahmen, wurde der große Konkurrent auf der weltpolitischen Bühne, die Sowjetunion nun als alleiniger Aggressor stilisiert. Die 1980 in der Sowjetunion stattfindenden olympischen Spiele wurden gegen den Willen zahlreicher Sportler unter dem Vorwand des Protestes gegen die »sowjetische Invasion« Afghanistans von mehreren Ländern unter anderem von der BRD boykottiert.

Im Verlauf des Krieges nahm vor allem die Einmischung der USA und Pakistans immer größere Ausmaße an. Pakistan, das von einem islamistischen Regime unter dem Präsidenten Zia regiert wurde, setzte sich mit allen Kräften für die islamistischen Kämpfer gegen die DVPA und die Sowjetunion ein. Die Aufgabe des pakistanischen Geheimdienstes Inter-Services Intelligence (ISI) lag in der Organisation und Ausbildung der verschiedenen Mudschahedin-Gruppen, der Lieferung von Waffen und anderer Ressourcen sowie der strategischen Planung des Krieges. Allein von 1984 bis 1987 absolvierten über 80 000 Mudschahedin in pakistanischen Lagern eine Waffenausbildung.

Die finanziellen Beiträge zum Krieg kamen vor allem von den USA und Saudi-Arabien. Sie beliefen sich auf mehrere hundert Millionen Dollar pro Jahr. Die Waffen wurden von der CIA in nahezu allen Teilen der Welt zusammengekauft und nach Pakistan geliefert, von wo die ISI sie an die Stützpunkte der Mudschahedin-Führer verteilte. Die Rolle der CIA lag neben der Bereitstellung von Waffen auch in der Unterstützung durch Geheimdienstinformationen wie Satellitenaufnahmen und abgehörte Funksprüche der Sowjetischen Armee.

Im Krieg von 1979 bis 1989, den der ehemalige Nationale Sicherheitsberater der USA, Zbigniew Brzezinski, später als »exzellente Idee« mit der die »Russen in die afghanische Falle« gelockt wurden bezeichnete, starben mehr als eine Million AfghanInnen. Die zunehmend gegen den Willen der eigenen Bevölkerung vollzogene militärische Einmischung der Sowjetunion wurde nach Verhandlungen unter andrem mit der UNO zwischen Mai 1988 und Februar 1989 Stück für Stück beendet. Es fielen in den zehn Jahren Krieg zwar »nur« etwa 15 000 sowjetische Soldaten, dennoch gilt der Afghanistankrieg für die Sowjetunion als militärisches, politisches und humanitäres Desaster.

1989 BIS 2001: BÜRGERKRIEG UND DIE HERRSCHAFT DER TALIBAN

Die DVPA konnte sich nach dem Rückzug der Sowjetunion nur noch bis zur 1992 erfolgten Einnahme Kabuls durch die Mudschahedin an der Macht halten. Sie war durch den Krieg und erneute interne Auseinandersetzungen weitgehend zerfallen und benannte sich bereits 1990 in »Heimatpartei« (Watan) um. 1992 wurde sie von den zwar zerstrittenen, von nun an aber herrschenden, islamistischen Gruppen, verboten.

Noch vor ihrem Sieg begannen Kämpfe zwischen den verschiedenen Lagern der islamistischen Organisationen, die zum Großteil Warlords unterstellt waren und um die Vorherrschaft rangen. Die politische Entwicklung, die sie noch gemeinsam durchsetzten, war vor allem von einer starken Islamisierung und dem Kampf gegen demokratische und säkulare Bewegungen geprägt. Es brach bald ein Bürgerkrieg zwischen den verschiedenen Warlords aus. Diese waren selbst für ihre Ziehväter, wie die USA nicht mehr kontrollierbar – bereits 1992 verließen alle westlichen Diplomaten die Hauptstadt Kabul.

Im Laufe der anhaltenden Kämpfe bildeten sich ab 1994 die von traditionalistischen radikalen Mullahs angeführten Taliban (»Glaubensschüler«) im Verbund mit mehreren der sich ihnen anschließenden Mudschahedin-Gruppen als stärkste Kraft heraus. Die Taliban wurden während der Besatzung der Sowjetunion in den pakistanischen Flüchtlingslagern rekrutiert, und waren dem pakistanischen Geheimdienst ISI direkt unterstellt. Ihre religiös-fundamentalistische und militärische Ausbildung erhielten sie in Religionsschulen in Pakistan.



VOM WESTEN UNTERSTÜTZTE MUDSCHAHEDIN KÄMPFTEN ZWISCHEN 1979 UND 1989 GEGEN DIE AFGHANISCHE REGIERUNG UND DIE SOWJETARMEE: PROVINZ KUNAR 1985

Die Entscheidung, die sunnitischen Taliban in den afghanischen Bürgerkrieg eingreifen zu lassen, fiel von Seiten Pakistans und der USA 1994. Um Öl- und Gaspipelineprojekte durchführen zu können, setzten sie ihre Hoffnung in eine stabile und ihnen treue Regierung. Die Taliban schienen ihnen dafür geeignet. Außerdem sollte der politische Einfluss des schiitischen Iran eingedämmt werden. Der teilweise auch durch reguläre pakistanische Truppen unterstützte Siegeszug der Taliban mündete im September 1996 nach der Einnahme Kabuls in der Ausrufung eines islamischen Staates durch ihren Führer Mullah Mohammed Omar. Ab Oktober 1997 bezeichneten sie diesen als »Islamisches Emirat Afghanistan«.

Die nun noch übrigen Mudschahedin-Gruppierungen und verschiedene nationale Minderheiten schlossen sich 1997 zur »Vereinigten Front zur Rettung Afghanistans« zusammen. Diese konnte sich jedoch nur auf einem Landstreifen im Norden Afghanistans halten – daher ihre spätere Bezeichnung als »Nordallianz«.

Der anhaltende Bürgerkrieg, in dem es immer wieder zu blutigen Übergriffen auf die Zivilbevölkerung und zu neuen Flüchtlingsströmen kam, führte zu einer weitgehenden Zerstörung und wirtschaftlichen Lähmung Afghanistans, das zudem zum weltgrößten Heroinproduzenten aufstieg und sich zu einem Transitland des Drogenschmuggels entwickelte. In ihrem Herrschaftsgebiet errichteten die Taliban eine repressive Religionsdiktatur: Musik, Sport, Bilder und Fernsehen wurden verboten, fast sämtliche Schulen und Universitäten geschlossen, Männer gezwungen Bärte zu tragen, Frauen durften nur mit männlicher Begleitung und in eine Ganzkörperverschleierung (Burka) gehüllt das Haus verlassen und zudem keinem Beruf nachgehen.

Die Politik der Taliban schien ihre Unterstützer nicht zu stören, im Gegenteil machten sich insbesondere die USA noch Ende der 90er Jahre die Hoffnung, endlich die Früchte ihres Engagements ernten zu können, und führten Verhandlungen mit den Taliban unter anderem über den Bau einer Pipeline. Einer der Vertreter des US-amerikanischen Ölkonzerns UNOCAL bei diesen Verhandlungen war übrigens der damals noch in den USA lebende jetzige afghanische Präsident Hamid Karzai. Das Verhältnis der Taliban zu den USA und den anderen westlichen Ländern kühlte sich im Laufe der Zeit zunehmend ab.

DER KRIEG UND DIE BESATZUNG AFGHANISTANS SEIT 2001

Vorgeblich als Reaktion auf die Anschläge auf das World Trade Center am 11. September 2001 begannen die USA bereits am 7. Oktober mit einer 44-stündigen Bombardierung Afghanistans. Im weiteren Verlauf des Krieges stützte sie sich militärisch hauptsächlich auf die Nordallianz, die Afghanistan mit Unterstützung der US-Army nach und nach unter ihre Kontrolle brachte.

Wenngleich die USA die Initiative ergriffen, kann keinesfalls von einem Alleingang gesprochen werden: Die Nato hatte nach den Anschlägen des 11. September den »Bündnisfall« erklärt. Sie sicherte somit die Unterstützung für militärische Operationen zu. Russland lieferte dabei Geheimdiensterkenntnisse, ebenso Pakistan, das zudem die Nutzung seines Luftraums gestattete. Die deutsche Regierung hatte den USA ebenfalls bereits nach den Anschlägen am 11. September ihre uneingeschränkte Solidarität zugesichert und Anfang November die Bereitstellung deutscher Streitkräfte beschlossen. Am 16. November gab der Bundestag seine Zustimmung zum »Anti-Terror-Einsatz« der Bundeswehr. ■


DEMO DER SOLIDARITÄTSPARTEI IN KABUL AM 1. AUGUST 2010 GEGEN BESATZUNG UND KARSAI-REGIME


BRITISCHE ELITETRUPPEN IN DER SÜDAFGHANISCHEN PROVINZ HELMAND

kapitalismus bedeutet krieg

PROFITINTERESSEN UND MACHTERHALT – DIE TATSÄCHLICHEN URSACHEN FÜR DEN IMPERIALISTISCHEN KRIEG

AFGHANISTAN ALS GEOSTRATEGISCHE UND ÖKONOMISCHE BEUTE

Neben den Floskeln von Demokratie, Frauenrechten und dem Kampf gegen den internationalen Terrorismus, wurde insbesondere die Festnahme von Osama Bin Laden, der für die Anschläge auf das World Trade Center und weitere Attacken auf US-Einrichtungen verantwortlich gemacht wird, als Kriegsgrund genannt. Die vermeintliche oder tatsächliche Suche nach Osama Bin Laden und Al-Quaida-Strukturen ermöglichte es den USA sich auf einen Beschluss des UN-Sicherheitsrates zu beziehen, der ihnen das Recht auf Selbstverteidigung im Falle von Angriffen auf ihr Territorium zusprach. Durch den Anschlag auf das World Trade Center sahen sie dies gegeben. Auf das Angebot der Taliban, Bin Laden in Afghanistan vor Gericht zu stellen und seine Beteiligung zu prüfen, wurde nicht eingegangen.

Tatsächlich ging es den führenden Nato-Staaten schließlich um weit Bedeutenderes. Afghanistan verfügt selbst zwar nur über relativ wenige Rohstoffe, ist jedoch für den Zugang zu den Rohstoffvorkommen im kaspischen Raum von zentraler Bedeutung. Die Republiken Kasachstan, Aserbaidschan, Turkmenistan und Usbekistan, alle nördlich von Afghanistan gelegen, verfügen über gewaltige Erdöl- und Erdgasvorkommen. Mehrere der größten in den letzten Jahren entdeckten Vorkommen liegen dort. Geplant ist die zurzeit in dieser Region geförderte Menge an Rohstoffen bis 2021 zu verdoppeln.

Stuart Eizenstat, Staatsekretär der Clinton-Administration, wies bereits in den 90er Jahren im US-Kongress darauf hin, dass »das kaspische Meer potentiell eine der wichtigsten neuen energieproduzierenden Regionen der Welt« sein wird. Dies ist in Anbetracht der Konkurrenz zu anderen Interessenten für diese Rohstoffvorkommen von Bedeutung. Es spielt aber auch für die direkten Profitinteressen eine wichtige Rolle. Unvorstellbare Mengen dieser Rohstoffe fließen tagtäglich in die Produktionsprozesse ein. Dies bringt den Unternehmen und Staaten, die an deren Förderung, Transport und Verkauf beteiligt sind, Milliarden. Für fast jedes produzierende Unternehmen ist ein möglichst billiger und sicherer Zugang zu diesen Rohstoffen von Bedeutung. Verteuerungen schmälern die Profite und eine Verknappung – wie sie aufgrund der steigenden Nachfrage und des natürlichen Rückgangs der Ressourcen zwangsläufig früher oder später eintreten wird – kann sich zu massenhaften Pleiten und Wirtschaftskrisen entwickeln.

Verbunden mit den direkten wirtschaftlichen Interessen an einer Besatzung Afghanistans spielen strategische Interessen eine wichtige Rolle. Afghanistan liegt geographisch zwischen den aufstrebenden Weltmächten China, Russland und Indien, sowie dem Iran. Diese Staaten konkurrieren alle mit den bisher mächtigsten imperialistischen Staaten: China und Russland gelten insbesondere was den Zugriff auf Rohstoffvorkommen, sowie auf Investitions- und Absatzmärkte angeht als Konkurrenten der Nato-Staaten beziehungsweise ihrer Konzerne. Vor allem mit Russland ist ein Wettlauf um die Einflussnahme auf die Staaten der ehemaligen Sowjetunion entbrannt, die entweder selbst über große Rohstoffvorkommen verfügen oder durch deren Gebiet zentrale Transport-Routen verlaufen. Dieser Wettlauf hat nach einer kurzen Phase der Entspannung nach dem Ende der Sowjetunion längst wieder einen militärischen Charakter. Die Atommacht Indien kooperiert zwar noch eng mit westlichen Ländern, wird aufgrund ihrer Größe und ihres Wirtschaftswachstums aber ebenfalls als potentieller Konkurrent betrachtet.

Der Iran ist insbesondere wegen seiner großen Erdöl- und noch nicht angetasteter Erdgasvorkommen ein Objekt westlicher Be-

gierden. Aufgrund seiner eigenen politischen und ökonomischen Herrschaftsansprüche verweigert der Iran auf verschiedenen Gebieten – besonders bei ihrem Atomprogramm – die Kooperation mit den westlichen Staaten und ist somit ein potenzieller Kriegsgegner. Vertreter der EU und USA aus Politik und Wirtschaft fordern eine militärische Intervention und es scheint, dass diese nur noch durch die schwierige Lage in Afghanistan aufgehalten wird. Die strategische Bedeutung Afghanistans wird auch vom US-Präsidenten Barack Obama, der offiziell für einen »Wandel« in der US-Politik eintritt, offen formuliert. Er will den Krieg in Afghanistan »bis zum Sieg« fortführen, unter anderem um eine »militärische Präsenz an den Türschwellen des Iran, Chinas, Pakistans und Indiens« sichern zu können.

Die Wichtigkeit Afghanistans, Pakistans und anderer Länder in der Region, in denen die Nato-Truppen bereits feste militärische Stützpunkte haben, wurde schon vom US-amerikanischen Sicherheits- und Geostrategen Zbigniew K. Brzezinski* in den 90er Jahren formuliert: Die »eurasische Landmasse ist wie ein Schachbrett, auf dem sich in Zukunft die globale Vorherrschaft abspielen werde«.

Neben den wirtschaftlichen und geostrategischen Interessen, erfüllte Afghanistan aufgrund seiner innenpolitischen Situation nahezu perfekte Voraussetzungen für einen Nato-Militäreinsatz. Weil das Land infolge des Bürgerkrieges und der Talibanherrschaft kaum über eine eigene funktionierende politische und wirtschaftliche Struktur verfügte, schien es möglich, es von Grund auf nach den Interessen der Besatzungsmächte aufzubauen: Militärische Zerschlagung des alten Regimes; Installierung einer den Nato-Staaten freundlich gesinnten Regierung und deren militärische Absicherung gegen den Widerstand in der Bevölkerung; Aufbau des politischen und wirtschaftlichen Systems nach den Interessen der Unternehmen der Besatzer; Schaffung polizeilicher, geheimdienstlicher und militärischer Strukturen, die eng und langfristig mit den westlichen imperialistischen Ländern zusammenarbeiten.

Im Prozess der Umstrukturierung der Armeen der Nato-Staaten sollte Afghanistan neben den Ländern des ehemaligen Jugoslawiens, wo auf ganz ähnliche Weise vorgegangen wurde, ein weiterer Prüfstein für die Schlagkräftigkeit der Nato werden.

Die zunehmenden Schwierigkeiten müssen folglich in der Logik der Nato-Strategen durch eine weitere Aufrüstung der Nato und eine Intensivierung des Krieges gelöst werden. Es geht schließlich darum, die Kampfkraft der Nato und ihr Drohpotential auszubauen. Eine Niederlage würde dies torpedieren.

Da es sich aber abzeichnet, dass die Nato die Widerständischen militärisch nicht besiegen kann, soll die neue Strategie – Staatsaufbau, Aufstandsbekämpfung und Afghanisierung – wenigstens den politischen Sieg bringen, nämlich die »Stabilisierung« eines durch und durch autoritären und repressiven Staatsapparates, die einen Teilabzug der Besatzungstruppen erlaubt und gleichzeitig die Kontrolle und die Interessen der imperialistischen Staaten sichert. Für diese Stabilisierung ist dem Westen inzwischen auch jede Beteiligung »gemäßigter« Taliban an der Macht recht. Der jetzige deutsche Kriegsminister zu Guttenberg stellt erste Überlegungen für die Zeit nach einem westlichen Teilabzug an. Man müsse sich schon jetzt »Gedanken machen über Nachsorgeelemente«, so zu Guttenberg. Dies beinhalte auch »die internationale Koordination des Einsatzes von Nachrichtendiensten und Spezialkräften.«

Wenngleich Afghanistan weder, was die Kaufkraft der Bevölkerung, noch die Produktionsbedingungen betrifft, besonders interessant erscheint, geht es bei der Besatzung doch auch um die Durchsetzung eines neoliberalen Wirtschaftsmodells, der Ausrichtung der Wirtschaft und der Gesetzgebung nach Verwertungsinteressen. Dies selbstverständlich vor allem im Sinne der Unternehmen der imperialistischen Länder. Konkret bedeutet dies geringe Steuern für Unternehmen, wenige Auflagen und Einschränkungen für den Absatz ihrer Produkte, wenige Rechte für die ArbeiterInnen und ähnliches.

Nicht nur im Hinblick auf den Zugang zu Rohstoffen hat das westliche Kapital Interesse an Afghanistan, sondern auch um dort Fuß zu fassen und von dort letztlich auch weiter expandieren zu können. Die mit gentechnisch verändertem Saatgut handelnden Unternehmen Bayer und Monsanto investieren in Afghanistan ebenso wie westliche Baufirmen und Sicherheitsunternehmen.

Zumindest in einem Punkt dürften sich die tatsächlichen Kriegsgründe und die Propaganda der Kriegsparteien decken: Der Versuch, die Taliban zu schwächen und von der Macht zu verdrängen, stellte einen Grund für das militärische Engagement dar. Dies hat allerdings nichts mit einem Eintreten für Menschenrechte zu tun. Die Taliban, die – wie ähnliche Organisationen unter anderem in Palästina und dem Iran – einst als Gegengewicht zu starken linken und kommunistischen Bewegungen und Organisationen von westlichen Geheimdiensten unterstützt, wenn nicht aufgebaut wurden, wurden an der Macht schlicht zum Problem für ihre einstigen Unterstützer und Ziehväter: Sie erwiesen sich nicht als treue Verbündete im Hinblick auf die Interessen des Westens, sondern waren wichtiger Teil einer sich im Aufbruch befindenden weltweiten islamistischen Bewegung, die sich in Konfrontation mit der Dominanz der westlichen Staaten begreift.

Die genannten Gründe für den Krieg in Afghanistan greifen alle ineinander über und bedingen sich gegenseitig. Die katastrophale Situation für die Menschen in Afghanistan ist für die Kriegsparteien nicht von Bedeutung. Die wenigen Verbesserungen durch ziviles Engagement der westlichen Länder sind für diese allenfalls Nebenprodukte, die in erster Linie zur öffentlichen Rechtfertigung des Krieges dienen.

KONKURRENZ UND ZUSAMMENARBEIT DER WESTLICHEN IMPERIALISTISCHEN STAATEN

Der Krieg gegen Afghanistan kann nur durch einen Blick auf die allgemeinen Planungen der Nato-Staaten in seinem tatsächlichen Ausmaß begriffen werden. Unter dem Schlagwort »Neuordnung der Welt« wurden bereits vor 2001 – also keineswegs, wie öffentlich dargestellt erst als Reaktion auf die Anschläge des 11. September – Pläne zu einer verstärkten Zusammenarbeit der führenden imperialistischen Staaten geschmiedet. Am Beispiel Afghanistans ist die Umsetzung der globalen Interessen der imperialistischen Staaten zu erkennen:

- die weitere neoliberale Umstrukturierung der politischen und wirtschaftlichen Systeme in allen Teilen der Welt, um sie als Investitions- und Absatzmärkte für die Unternehmen der westlichen imperialistischen Staaten zu erschließen
- die Abgleichung der jeweiligen Interessen im Hinblick auf den Zugang zu Rohstoffen wie Öl und Erdgas
- einen möglichst weitgehend abgestimmten Umgang mit aufstrebenden konkurrierenden Weltmächten, insbesondere China und Russland
- die Aufrüstung der Nato zu einer schlagkräftigen Interventionsarmee, zur militärischen Durchsetzung der eigenen Interessen
- und schließlich die länderübergreifende Bekämpfung oppositioneller sowohl linker und revolutionärer als auch islamistischer Bewegungen und Organisationen.

Die Zusammenarbeit der führenden imperialistischen Länder, genauer ihrer Kapitalverbände und Regierungen, und die Herausbildung der genannten Ziele begann bereits nach dem zweiten Weltkrieg, um gemeinsam den »Kalten Krieg« gegen das »Sozialistische Lager« zu führen. Der Weltwirtschaftsgipfel (WWF), später in G7 beziehungsweise G8 umbenannt, die World Trade Organisation (WTO) und eben die Nato als gemeinsames Militärbündnis wurden gegründet. Es ging also darum, die Kontrolle der Weltwirtschaft, des Welthandels und die militärische Dominanz gegen jede Konkurrenz gemeinsam zu entwickeln und zu sichern.

Trotz aller gemeinsamen Planungen, gegenseitiger Unterstützung und zusammen begangener Verbrechen kann von einem einheitlichen Machtblock nur bedingt die Rede sein. Die innerimperialistische Konkurrenz schafft – je nach Weltlage – wechselnde und temporäre Machtkonstellationen für die Durchsetzung nationaler Interessen. Als Beispiele sei hier an die unterschiedlichen Positionen innerhalb der EU in Bezug auf den Krieg gegen den Irak erinnert, an die Differenzen zur Installierung des sogenannten »US-Raketenschildes« in Polen und der Tschechischen Republik und an die »Handelskriege« zwischen EU und USA, um Anteile auf dem Weltmarkt.

INTERNETSEITEN VON ANTIMILITARISTISCHEN GRUPPEN, BÜNDNISSEN UND KAMPAGNEN

Bundeswehr wegtreten
www.bundeswehr-wegtreten.org
Kampange gegen den Kriegslogistiker DHL
www.dhl.blogsport.de
Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen
www.dfg-vk.de
Kampange gegen Bundeswehrwerbung
www.kehrt-marsch.de
Offenes Treffen gegen Krieg und Militarisierung Stuttgart
www.otkm.tk
Berliner Friedensbündnis
www.achse-des-friedens.de
Büro für antimilitaristische Maßnahmen
www.bamm.de
Informationsstelle Militarisierung
www.imi-online.de
Informationen zur deutschen Außenpolitik
www.german-foreign-policy.com

* Zbigniew K. Brzezinski ist unter anderem Außenpolitik-Berater des Präsidenten Barack Obama. Er ist bereits seit den 50er Jahren Berater verschiedener hochrangiger US-Politiker. Allein Stichwörter der umtriebigen Biographie der grauen Eminenz könnten leicht eine Seite füllen – nur soviel an dieser Stelle noch: Brzezinski war einer der Verantwortlichen für die Unterstützung islamistisch-fundamentalistischer Kräfte seit Mitte 1979 gegen die säkulare und vergleichsweise fortschrittliche Regierung Afghanistans die von der Sowjetunion unterstützt wurde. Mit der so erfolgten Heraufbeschwörung des Afghanistan-Krieges der Sowjetunion von 1979 bis 1989 mit fast 1,5 Millionen Toten sei die Sowjetunion seinen eigenen Worten nach erfolgreich in die »Afghanische Falle« gelockt und entscheidend geschwächt worden. Siehe auch ›junge Welt‹ Nummer 149 und 150 vom 28. und 30. Juni 2008.



OB SEINER GEOGRAFISCHEN LAGE WAR UND IST AFGHANISTAN EIN OBJEKT DER BEGIERDE

Diese Differenzen bestehen nicht nur zwischen den verschiedenen Machtkonstellationen sondern auch zwischen den einzelnen Ländern und zwischen den verschiedenen Fraktionen innerhalb der Ländergrenzen. Die Regierung unter Kanzler Gerhard Schröder etwa forcierte eine Annäherung an Russland und eine Konkurrenz zu den USA.

Seit der großen Koalition unter Führung der CDU-Kanzlerin nahm die deutsche Außenpolitik gegenüber Russland wieder wesentlich feindlichere und den USA gegenüber freundlichere Züge an. Dies liegt an den unterschiedlichen Interessen einzelner Kapitalfraktionen und inwieweit diese sich eher am russischen oder US-amerikanischen Markt orientieren.

Es ist an dieser Stelle nur möglich, eine allgemeine Tendenz aufzuzeigen: Noch sind die Konstellationen relativ flexibel, wenngleich die Politik zwischen den USA und Russland konfrontativer wird und die führenden europäischen Länder – also der sich offensiv formierende »Machtblock Kerneuropa« – dazu noch keine einheitliche Position einnimmt. Sie verfolgen aber weitgehend gemeinsame Strategien. Dort wo, es unterschiedliche Interessen gibt, weichen diese einem Pragmatismus, wenn von einer der Fraktionen Fakten geschaffen werden. Das war die deutsche Politik zum Irakkrieg: Aufgrund von guten wirtschaftlichen Kontakten mit dem Regime unter Saddam Hussein waren die deutsche Regierung, große Teile der Wirtschaft und ebenso ein Großteil der deutschen Medienlandschaft gegen den Einmarsch der US-Truppen. Als dieser dennoch stattgefunden hat, wurde sich damit arrangiert, die US-Truppen auf vielfältige Weise unterstützt und sogar die Berichterstattung der Medien war innerhalb kürzester Zeit von allzu heftiger Kritik bereinigt.

Alles in allem kann zusammengefasst gesagt werden: Die führenden imperialistischen Länder unterstützen sich dort gegenseitig, wo es Gemeinsamkeiten gibt und teilen sich ihre »Beute«. Dort wo es unterschiedliche Interessen gibt, lassen sie die Konflikte (noch) nicht eskalieren. Das trifft auch für den Krieg gegen Afghanistan zu: Die USA wollen ein ähnliches Desaster, wie es einst die Sowjetunion erlebte, vermeiden und haben daher ein Interesse daran, möglichst viele Länder mit ins Boot zu bekommen. Die BRD und die weiteren Nato-Staaten zogen mit, um ihre Interessen in der Region durchzusetzen und selbst möglichst viel vom Kuchen abzubekommen.

Die weltweit stattfindende Aufrüstung macht deutlich, dass zukünftige militärische Auseinandersetzungen zwischen den Machtblöcken nicht ausgeschlossen sind. Der Angriff Georgiens auf Südossetien 2008, kann auch als Vorbote gedeutet werden für eine zukünftige Verschärfung militärischer Konflikte bis hinein in die kapitalistischen Zentren, die – was Europa betrifft – 66 Jahre vom Krieg verschont waren. Auch deshalb ist es wichtig, gegen jegliche Art der Aufrüstung und Einsätze des Militärs aktiv zu werden und den Anfängen erneuter großer Kriege mit ihren katastrophalen Folgen entschlossenen Widerstand entgegenzusetzen.

Die Widersprüche zwischen einzelnen Kapitalfraktionen wie auch zwischen einzelnen imperialistischen Ländern beziehungsweise ihren Regierungen bedingen letztlich auch ihre Schwäche und damit unsere Möglichkeiten. Je schwieriger der Ablauf ihres Systems und die räumliche Eingrenzung von Konflikten werden, je offener einzelne Widersprüche aufbrechen und die Abstimmung der Herrschenden darunter leidet, desto näher rückt die Möglichkeit einer Perspektive zur Überwindung des Kapitalismus. Neben vielen weiteren Punkten ist es dafür jedoch entscheidend, sich nicht auf die Seite der einen oder der anderen Kriegstreiber und Sozialabbauer zu schlagen, sondern sie als ein und dieselben Vertreter einer menschenverachtenden Politik zu erkennen und zu bekämpfen. Weder die Vertreter eines Europas des europäischen Kapitals, das sich in Konkurrenz zu den USA begreift, noch diejenigen, die behaupten gemeinsam mit den USA den Weltfrieden herbeibomben zu können, sind hierbei zu bevorzugen. ■

INNERE AUFRÜSTUNG UND MILITARISIERUNG

Die Umstrukturierung der Bundeswehr zur Interventionsarmee für weltweite Kriegseinsätze geht einher mit der Militarisierung der Gesellschaft. Das wird von der Mehrheit der Bevölkerung kaum wahrgenommen, da vor allem das Eindringen des Militärs in die zivile Verwaltung und die zivilen Institutionen kaum öffentlich debattiert wird.

Im Rahmen der »Zivil-Militärischen Zusammenarbeit« (ZMZ) wurden in 429 Landkreisen und kreisfreien Städten Kommandostellen installiert. Die dortigen Soldaten haben den Auftrag die Strukturen von Polizei, Katastrophenschutz, Rotem Kreuz und Technischem Hilfswerk mit der eigenen zu verknüpfen und sich so in die bisher zivilen Strukturen einzunisten. Neben der Trennung zwischen Militär und Polizei gerät auch die Trennung von Polizeibehörden und Geheimdiensten unter Beschuss. Im »Gemeinsamen Terrorismus-Abwehrzentrum« (GTAZ) sollen Bundeskriminalamt, Bundesnachrichtendienst, Kriminal- und Verfassungsschutzämter der Länder, Bundespolizei, Zollamt, Militärischer Abschirmdienst, Generalbundesanwaltschaft und das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge Informationen austauschen und kooperieren.

Eine solche konzentrierte Zusammenarbeit der Repressionskräfte hat es hier das letzte Mal im Reichsicherheitshauptamt der Nazis gegeben. Heute nennen sie es »Vernetzte Sicherheit«. Der Einsatz von Militär im Innern ist in der BRD nach Artikel 26 und 87a des Grundgesetzes nur im Verteidigungsfall oder im Katastrophenfall, dann aber unbewaffnet, gestattet. Zur Fußball-WM 2006 und bei den Anti-G8-Protesten 2007 in Heiligendamm gab es illegale Bundeswehreinsätze. Zuletzt war sie an der Durchsetzung des Castor-Transports im Wendland 2010 beteiligt. Es ist nur eine Frage der Zeit, wann das Grundgesetz dahingehend verändert wird, dass das Militär auch legal gegen »innere Feinde« eingesetzt werden darf: also gegen DemonstrantInnen, streikende ArbeiterInnen, radikale Linke. Aus dem Innenministerium kommen diese Forderungen seit einigen Jahren. Das Ziel ist die völlige Aufhebung der Trennung von Militär und Polizei, von Polizei und Geheimdiensten, von innerer und äußerer Sicherheit.

Noch sind zwei Drittel der Bevölkerung in der BRD gegen den Krieg in Afghanistan und gegen eine kriegerische Außenpolitik. Aber Bundeswehr, Wirtschaft und Politik entwickeln abgestimmte und ausgefeilte Konzepte, um die gesellschaftliche Meinung zu manipulieren und die Kriegsbereitschaft zu erhöhen. Dazu gehört – mit Unterstützung der Medien – die Beschwörung der »Terrorgefahr«, der Aufbau von Feindbildern, das Reinwaschen von den historischen Verbrechen der Wehrmacht einerseits und der Bezug auf Kriegstraditionen andererseits, öffentliche Gelöbnisse, die Kampagnen »Bundeswehr als Zukunftsperspektive« für Jugendliche in Schulen und Arbeitsämtern, die Besetzung der Unis mit Dozenten der Bundeswehrakademie, das Eindringen von Kriegsinteressen in die Forschung.



»MAKE NATO HISTORY«: ANTIKAPITALISTISCHER BLOCK AUF DER DEMONSTRATION MIT 30 000 TEILNEHMERINNEN GEGEN DIE NATO-KRIEGSPOLITIK AM 4. APRIL 2009 IN STRASSBURG

zusammen kämpfen gegen krieg und besatzung

GEGEN DIE KAPITALISTISCHE LOGIK VON KONKURRENZ UND PROFIT – FÜR EINE GESELLSCHAFT OHNE AUSBEUTUNG UND UNTERDRÜCKUNG

FÜR EINE PERSPEKTIVE JENSEITS VON KRIEG UND FUNDAMENTALISTISCHEN REGIMES

Nichts führt daran vorbei, für ein Ende von Krieg und Besatzung in Afghanistan einzutreten. Nach neun Jahren, in denen das Land unter maßgeblicher Beteiligung Deutschlands zerstört wurde, ist es dafür höchste Zeit. Für eine starke Bewegung gegen diesen und weitere Kriege ist es heute dringend notwendig, eine klare Positionierung zu entwickeln und aufzuzeigen, dass eine Alternative zur Besatzung durch Nato-Truppen keineswegs einen erneuten fundamentalistischen Gottesstaat bedeutet.

Es hat in Deutschland Tradition, dass sich auch ein Teil der Linken, sobald ein Krieg begonnen wurde, in den Kreis der bürgerlichen und rechten Kriegsunterstützer einreiht. Mit dem Verweis auf das Ende der Talibanherrschaft wird die Besatzung als »kleineres Übel«, wenn nicht als »Herbeibomben der Zivilisation« begrüßt.

Aber auch die undifferenzierte Haltung zum »antiimperialistischen Widerstand« ist fragwürdig. Diese nehmen nur den Kampf gegen die Besatzung von Organisationen wie den Taliban zur Kenntnis und ignorieren deren tatsächlichen Charakter, der längst nicht nur als »antiimperialistisch« definiert werden kann. Die daraus erwachsende Unterstützung »aller Kräfte des Widerstandes« reichen bis hin zu Kontakten mit äußerst reaktionären Gruppen, die jeglichem gesellschaftlichem Fortschritt im Wege stehen.

Gerade am Beispiel Afghanistan wird deutlich, dass beide Positionen von einem Antagonismus, einem Widerspruch zwischen Taliban und Besatzern, bei dem sich (zunächst) ausschließlich die eine oder die andere Seite durchsetzen kann, ausgehen. Wie falsch beide mit ihrer daraus folgenden Solidarisierung, Unterstützung und Positionierung liegen ist nicht schwer

AUFRUHR, WIDERSTAND – KLASSENKAMPF STATT VATERLAND!

Es gibt vielfältige Möglichkeiten gegen Krieg und Militarisierung aktiv zu werden. Die Kampagne »Bundeswehr Wegtreten« organisiert erfolgreiche Proteste gegen die Werbeveranstaltungen der Bundeswehr in den Agenturen für Arbeit. Durch die Protestaktionen wurde es der Bundeswehr für einige Zeit unmöglich gemacht in Berlin und Köln ihre Werbemaßnahmen durchzuführen. Auch die Auftritte der Bundeswehr auf Messen, in Schulen und Universitäten, sowie die »KarriereTreffs« werden in vielen Städten immer wieder gestört. Es wird auch versucht die öffentlichen Gelöbnisse der Bundeswehr zu behindern, in Stuttgart haben im Juli 2010 rund 1000 AktivistInnen versucht das Gelöbnis zu blockieren und konnten es zumindest akustisch stören. 30 000 demonstrierten im April 2009 gegen die Nato in Strassburg. Außerdem finden auch direkte Aktionen gegen Rüstungsfirmen und die Bundeswehr statt. Dazu gehören Farbbeutelwürfe, Glasbruch, Brandsätze und Blockadeaktionen. In Dresden wurden im April 2009 ganze 42 Fahrzeuge der Bundeswehr durch Brandsätze unschädlich gemacht.

aufzuzeigen. Historisch gehörten die islamistischen Gruppen und die Besatzungsmächte schlicht zusammen: die Interessen der imperialistischen westlichen Regierungen gegenüber der afghanischen DVPA-Regierung und der Sowjetunion konnten nur durch die Hilfe der Mudjahedin-Gruppen durchgesetzt werden, die folglich unterstützt und aufgebaut wurden. Andersherum konnten die Mudjahedin-Gruppen nur durch die Unterstützung der westlichen Regierungen und ihrer Geheimdienste zu ihrer heutigen Stärke gelangen.

Die fundamentalistischen Organisationen schaffen es durch die Politik der westlichen Besatzer leicht ihr Streben nach einem islamischen Gottesstaat als Alternative darzustellen. Ohne die verheerende imperialistische Politik der westlichen Staaten dürfte die Mehrheit dieser Gruppen den Zuspruch in der Bevölkerung für ihre Aktivitäten weitgehend verlieren.

Die Frage lautet also nicht, ob ein Sieg der Besatzer oder ein Sieg der Taliban zu unterstützen ist, sondern wie der Krieg möglichst schnell beendet und die fortschrittlichen Kräfte unterstützt werden können.

Frauenrechtsorganisationen, Gewerkschaften, linke Organisationen und andere stellen sich aus gutem Grund nicht als ein »Teil des Widerstandes gegen die Besatzung« in eine Front mit den reaktionären Gruppen. Stattdessen versuchen sie aus der jeweiligen Situation das Beste zu machen. Im nebenstehenden Interview mit einem Aktivisten aus der Solidaritäspartei werden einige Informationen zum Kampf der fortschrittlichen Kräfte gegeben. Ihnen allein muss unsere Unterstützung gelten. Nur durch ihren Widerstand, ob militärisch, durch Streiks oder auf andere Weise und unser Handeln im Hinterland der Kriegsparteien kann der Krieg wirklich beendet und eine neue Gesellschaftsordnung in Afghanistan verwirklicht werden.

Unsere Aufgabe ist es, gegen die Kriegsbeteiligung der BRD aktiv zu werden, der Umgang mit den islamistischen Kräften muss den Menschen in Afghanistan überlassen bleiben.

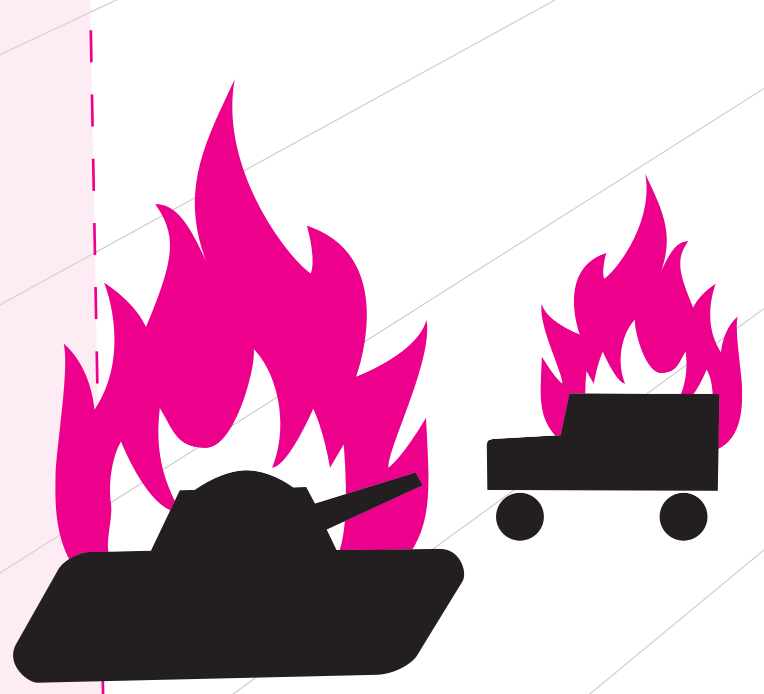
KRIEGE SABOTIEREN – KAPITALISMUS ABSCHAFFEN!

Dass Rüstungsausgaben und militärische Konflikte weltweit zunehmen, ist kein Zufall. Diese Entwicklung ist bedingt durch das kapitalistische System und seine Krisenerscheinungen. Dem Antrieb dieses Systems, Profite zu erwirtschaften und die Privilegien der Wenigen, die über die Produktionsmittel bestimmen, zu erhalten und auszubauen, muss zwangsläufig alles andere untergeordnet werden. Imperialistische Kriege gehören ebenso zu den Konsequenzen wie die Steigerung der Ausbeutung durch Lohnkürzungen und Arbeitszeitverlängerungen oder die Umstrukturierung sämtlicher gesellschaftlicher Bereiche nach Verwertungsinteressen des Kapitals: öffentlicher Verkehr, Kommunikation, Energieversorgung und zunehmend das Bildungs- und Gesundheitswesen. Dabei wird penetrant beschworen, all dies diene, wenn nicht der ganzen Menschheit, so doch der ganzen Bevölkerung der BRD: »Standortsicherung«, »Schaffung von Arbeitsplätzen« und »Zugang zu Rohstoffen« sind die Schlagworte, die uns bürgerliche Parteien, Kapitalverbände und ihre Presse täglich zur Begründung ihrer Politik um die Ohren werfen. Jede Alternative zu ihrem System sei utopisch, wird täglich beteuert, und ein antikommunistischer Konsens beschworen. Utopisch ist jedoch eine lebenswerte Zukunft in einem System, in dem heute weltweit jährlich 1000 Milliarden Euro für Rüstung und Militär ausgegeben werden (zwei Drittel davon in den USA und der EU), während nur 175 Milliarden Euro nötig wären, um weltweit Bildung, Gesundheits- und Wasserversorgung für alle Menschen sicherzustellen, einem System, in dem die Schere zwischen reich und arm täglich weiter auseinanderklafft und die Antwort der herrschenden Klasse auf die daraus resultierenden Probleme Gesetzesverschärfungen und der Ausbau der staatlichen Überwachung sind.

Ihre kapitalistische Logik, die keinen Ausweg als immer weitere Verschärfungen zur Sicherung des Ablaufs ihres Systems kennt, ist jedoch nicht unsere Logik. Unsere Zukunftsperspektiven sind nicht die Vergeudung von Ressourcen für Krieg und Besatzung, nicht gesteigerte Ausbeutung für die einen und Arbeitslosigkeit für die anderen, nicht Reichtum für eine kleine Schicht und Armut für viele und nicht die hemmungslose Zerstörung der Umwelt für Profitinteressen. Eine andere Welt, in der selbst über Arbeitsbedingungen und alle Bereiche des Lebens entschieden werden kann und dies nicht der herrschenden Klasse überlassen wird, ist längst möglich. Um diese Welt zu schaffen ist viel nötig – der gemeinsame Kampf gegen Sexismus und Rassismus, das Eintreten gegen die Gefahr des Faschismus, gegen immer weitere Angriffe auf unsere Rechte am Arbeitsplatz und gegen die staatliche Aufrüstung nach innen und außen.

Letztlich müssen die vielen einzelnen Kämpfe aber zusammengeführt werden, in die Offensive kommen und in einer starken Organisierung münden, die sich mit nicht weniger zufrieden gibt als dem Umsturz der herrschenden kapitalistischen Verhältnisse und dem Aufbau einer befreiten Gesellschaftsordnung.

- **Gemeinsam gegen Krieg und Militarisierung!**
- **Sofortiger Abzug aller Soldaten der Bundeswehr und der Nato!**
- **Solidarität mit den linken und revolutionären Kräften in Afghanistan!**
- **Für einen revolutionären Aufbauprozess!**
- **Für den Kommunismus!**



INTERVIEW MIT EINEM VERTRETER DER SOLIDARITÄTSPARTEI AFGHANISTANS

Das vollständige Interview mit Sayyed Mansur Nadiri, dem Vorsitzenden der linken Solidaritätspartei (hambastagi.org) erschien am 7. September 2009 in der Zeitschrift marx21.

Sayyed, gerade haben in deinem Land Präsidentschaftswahlen stattgefunden. Waren sie ein Zeichen dafür, dass sich die afghanische Gesellschaft demokratisiert?
In einem Land, in dem – durch westliche Intervention – die barbarischen Taliban durch die Kriminellen der Nordallianz ersetzt worden sind, kann man kaum von Demokratie reden. Für die Nordallianz ist Demokratie gleichbedeutend mit Morallosigkeit. Mit ihren Waffen und ihrem Geld haben sie die Wahlen beeinflusst. Ich würde sagen, dass von allen Gründen, die den Westen motiviert haben, Afghanistan zu besetzen, Demokratie der unbedeutendste war. Im gegenwärtigen Parlament sitzen Mörder, Kriegstreiber, Kriminelle und Vergewaltiger – das ist leider keine Übertreibung. Die Abgeordnete Malalai Joya hat am eigenen Leib erfahren müssen, was passiert, wenn man sich mit ihnen anlegt. Während diese Verbrecher weiterhin im Parlament sitzen, hat sie nun Hausverbot und muss sich verstecken.

US-Präsident Barack Obama spricht davon, Frieden zu schaffen. Gleichzeitig schickt er mehr Soldaten ins Land. Was passiert derzeit?
In der südlichen Provinz Helmand sind keine Berichterstatter erlaubt. Daher gibt es kaum Informationen darüber, was dort stattfindet. Es gab Berichte über zivile Opfer. Die Zahl der Familien, die in Flüchtlingslagern Schutz suchen, hat stark zugenommen. Bewohner der Region haben von Bombardierungen ihrer Häuser durch die Amerikaner berichtet. Es war von vornherein klar, dass die Erhöhung der Truppenstärke unserem Volk schaden wird. Im Süden ist die Katastrophe am deutlichsten.

Sieht die Mehrheit der Afghanen die ausländischen Truppen als Besatzer oder als Befreier?
Die Tatsache, dass wir die Taliban hassen, bedeutet nicht, dass wir die USA automatisch als Befreier feiern. Die mit ihnen verbündete Nordallianz ist viel schlimmer als die Taliban. Und eben weil die USA sich auf die schlimmsten Verbrecher des Landes stützen, werden sie unweigerlich scheitern. Obamas 40 000 neue Soldaten werden da auch nicht helfen. Die Menschen in Afghanistan sehen diese Truppen als ihre Feinde.

Wie hat sich die Situation der Frauen seit der Intervention des Westens im Jahr 2001 verändert?
Den Frauen Afghanistans werden die grundlegendsten Rechte und Bedürfnisse vorenthalten. Durch mangelndes Bewusstsein und mangelnde Bildung (95 Prozent der Frauen können weder lesen noch schreiben) leben sie weiterhin in finstersten Verhältnissen, in denen Männer nach wie vor die Religion und den tiefverwurzelten Aberglauben ausnutzen, um ihre Frauen unter Kontrolle zu halten. Sie werden zwischen der Gewalt in ihren Familien und der Unterdrückung durch die fundamentalistischen Warlords zermahlen.

Die Gesetze in unserem Land bieten Frauen keinen Schutz. Im Gegenteil: Sie stellen eine Gefährdung für jede Frau dar. Das gesamte Rechtssystem ist von religiösen Fundamentalisten, die den Taliban in nichts nachstehen, durchsetzt. Wir sollten nicht vergessen, dass ein Großteil der Verbrechen im Dunkeln bleibt, weil viele Frauen sich nicht trauen, sie anzuzeigen.

Wie schätzt du die Rolle der deutschen »Provinzaufbauteams« (PRT) ein? Leisten sie einen humanitären Beitrag?
Die PRTs der Bundeswehr gehören zu jenen Einheiten und Organisationen, die unter dem Einfluss der US-Besatzer stehen. In einigen Gebieten im Westen des Landes arbeiten diese Teams eng mit den Taliban zusammen, anstatt sie zu bekämpfen. Zum wirklichen Wiederaufbau des Landes tragen die meisten Projekte nichts bei.

Bist Du der Meinung, die ausländischen Truppen sollten sich zurückziehen? Falls ja: Was würde dann passieren?
Je schneller die Truppen abziehen, desto besser – am besten schon heute. Denn im Moment werden die Menschen zwischen drei Feinden zerrieben: den Jihadisten, den Taliban und den Besatzungstruppen. Sollten die USA das Land verlassen und ihre Unterstützung für die Nordallianz beenden und verlören die Taliban ihre arabischen und pakistanischen Hintermänner, dann könnten die Menschen sich gegen die blutrünstigen Herrscher wehren. Zwar warnen manche vor dem, was nach dem Abzug passieren könnte, aber wir befinden uns doch ohnehin im Krieg. Die Menschen sind auch heute nicht sicher. Jederzeit kann eine Bombe der Alliierten ihr Haus treffen, Terrorismus ist im ganzen Land verbreitet und Armut und Arbeitslosigkeit greifen um sich.

Wenn also einerseits der Westen seine Truppen abzieht und auch Iran, Pakistan und Saudi-Arabien aufhören, zu intervenieren, werden wir unsere Freiheit erkämpfen können. Der Westen warnt vor dem Bürgerkrieg – aber die Leiden der Afghanen sind schon jetzt so groß, dass sie bereit wären, diesen Preis für die Freiheit zu bezahlen.

Kannst du uns noch etwas über die afghanische Linke erzählen, über die man im Westen nahezu nichts erfährt?
Die afghanische Linke hat einen guten Ruf. Viele schätzen sie für ihre sowjetkritische und antifundamentalistische Politik der letzten dreißig Jahre. Einige der wichtigsten Gruppen sind SAMA (»Befreiungsorganisation des afghanischen Volkes«), die »Afghanische Befreiungsorganisation« (ALO) und die Kommunistische Partei. Die afghanische Linke musste in den vergangenen drei Jahrzehnten schwere Schläge hinnehmen – sowohl durch die russischen Invasoren und ihre Unterstützer als auch durch die Warlords. Tausende Intellektuelle wurden gefoltert und erschossen, viele Organisationen zerschlagen.

Die heutige Linke leidet unter diesen Wunden der Vergangenheit. Erschwert wird unsere Situation dadurch, dass es kaum organisierte Arbeiter gibt. Zudem führt die komplizierte politische Situation zu Verwirrung und Desorientierung.

Wir denken aber auch, dass es nach wie vor möglich ist, dass die Linke die politische Bühne wieder betritt, wenn sie weiter für Unabhängigkeit, Frauenbefreiung und Gerechtigkeit kämpft.

Revolutionäre Perspektive Berlin ★ www.perspektive.nostate.net
Revolutionäre Aktion Stuttgart ★ www.revolutionaere-aktion.tk
Projekt Revolutionäre Perspektive Hamburg ★ www.prp-hamburg.tk

